



Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen

11. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*

6. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.40 Uhr bis 15.45 Uhr

Vorsitz: Brunhild Decking-Schwill (CDU)

Stenograph: Günter Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

(Tagesordnungspunkt 1 - Wohnungsbauinitiative - ist im öffentlichen Teil der Sitzung - s. APr 12/386 - behandelt worden.)

* öffentlicher Teil siehe Ausschußprotokoll 12/386

Seite

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/1200 und 12/1390

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Vorlagen 12/809 und 12/880
Ausschußprotokoll 12/332

- | | | |
|----|----------------------------------------------------------------------------------------------------|---|
| a) | Aussprache über den Einführungsbericht des Ministers für Bauen und Wohnen zum Wohnungsbauetat 1997 | 1 |
| b) | Einzelberatung der Haushaltsansätze | 1 |

Der Ausschuß befaßt sich in einem ersten Beratungsdurchgang mit Einzelplan 14.

3 Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen zum Entwurf eines Gesetzes über die Änderung des Baugesetzbuches

hier: Planungswertausgleich

4

Vorlage 12/837

Dem Bericht des Ministers schließt sich eine Diskussion an.

Seite

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/1200 und 12/1390

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Vorlagen 12/826 und 12/834
Ausschußprotokoll 12/332

- a) Aussprache über den Einführungsbericht der Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport 8
- b) Einzelberatung der Haushaltsansätze zum Städtebauetat 1997 8

Der Ausschuß behandelt in einem ersten Beratungsdurchgang den Einzelplan 15.

5 HABITAT II 9

Vorlage 12/963

Ministerin Brusis berichtet über die UNO-Konferenz und beantwortet Fragen.

6 IBA Emscherpark 10

Vorlage 12/962

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Ministerin entgegen und führt eine Aussprache durch.

Seite

- 7 **Biennale Kultur und Naturräume** 11
Vorlage 12/957

Ministerin Brusis erstattet dem Ausschuß einen Bericht über die Biennale.

- 8 **Museumsbauten** 12

Nach ihrem Bericht beantwortet Ministerin Brusis Fragen des Ausschusses.

- 9 **Stadtmarketing** 15

Dem Bericht der Ministerin schließt sich eine Aussprache zu diesem Thema an.

Aus der Diskussion

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/1200 und 12/1390

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Vorlagen 12/809 und 12/880
Ausschußprotokoll 12/332

- a) Aussprache über den Einführungsbericht des Ministers für Bauen und Wohnen zum Wohnungsbauetat 1997

Siegfried Zellnig (CDU) erklärt, seiner Fraktion erscheine es wenig sinnvoll, in intensive Haushaltsberatungen einzusteigen, da der vorgelegte Etat nach Pressemeldungen und der Erklärung von Herrn Matthiesen bereits jetzt in Frage gestellt sei. Vielmehr solle ein endgültiger Haushalt vorgelegt werden, der dann beraten werden könne. Diese Aussage gelte auch für den Einzelplan 15.

Minister Dr. Michael Vesper räumt ein, daß die Landesregierung wegen unabweisbarer Mehrausgaben und möglicher Steuermindereinnahmen an einer Ergänzungsvorlage arbeite. Dennoch bilde der vorgelegte Haushaltsentwurf die Grundlage für die parlamentarische Beratung. Allerdings dürften mögliche Auswirkungen des Jahressteuergesetzes, bei dem die Bundesregierung plane, etwa die Vermögensteuer abzuschaffen, selbst bis zur Verabschiedung des Haushalts nicht abschließend geklärt werden können.

Siegfried Zellnig (CDU) stellt klar, seine Fraktion verweigere nicht die Beratung und seine Kollegen würden auch Fragen zum Haushalt stellen. Allerdings würde er gern einen Haushaltsentwurf beraten, der sich nicht wesentlich ändere. Das Zutrauen des Ministers zum Haushaltsplan könne er so nicht teilen.

- b) Einzelberatung der Haushaltsansätze

Franz Riscop (CDU) möchte zu Kapitel 14 040 Titel 121 00 "Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen" wissen, wieso nur bei einem der drei Unternehmen eine Ausschüttung von

4 % erreicht werde und wann bei den beiden anderen mit der Erreichung dieses Zieles gerechnet werden könne.

Die Einnahmen der drei Gesellschaften seien aufgrund der Geschäftsentwicklung der letzten Jahre geschätzt worden, erläutert **RD Michel (MBW)**. Bei der LEG sei wie für das Geschäftsjahr 1995 eine Dividende von 2 % unterstellt worden, für die Aufbaugemeinschaft Espelkamp und für die Wohnungsbaugesellschaft Rheinland werde jeweils eine Dividende von 4 % erwartet.

Mit dem Hinweis auf die im Berichterstattergespräch genannten Zahlen stellt **Franz Riscop (CDU)** zu Kapitel 14 050 "Förderung des Wohnungsbaus" fest, daß das Land, nachdem der Bund geringere Zuschüsse, die immer entsprechend aufgestockt worden seien, bereitstelle, gegenüber 1992 ca. 350 Millionen DM einspare. Das Land werde jedoch nicht daran gehindert, diesen Betrag gleichwohl für den Wohnungsbau einzusetzen.

Minister Dr. Michael Vesper verweist auf die Verabredung, bei solchen Ausgabeposten die Bundesmittel im Verhältnis 1:1 zu komplementieren. Dieses Vorgehen sei in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben worden. Das Land wäre demnach bereit, wenn der Bund höhere Beträge zur Verfügung stelle, seine Mittel entsprechend aufzustocken. In den letzten Jahren sei die Entwicklung umgekehrt gelaufen. Er halte es jedoch für eine skandalöse Entwicklung, daß sich der Bund mehr und mehr aus der Objektförderung zurückziehe. Da der Bund die finanzielle Entwicklung des Landes ohnehin negativ beeinflusse, könne nicht von den Ländern verlangt werden, daß diese ihre alten Ansätze aufrechterhielten. Jede Mark, die die CDU-Abgeordneten bei ihren Parteifreunden in Bonn für diese Aufgabe hereinholten, wirke sich in Nordrhein-Westfalen mit dem Faktor zwei aus. Vergessen werden dürfe außerdem nicht die seit sechs Jahren überfällige Wohngeldanpassung.

Siegfried Zellnig (CDU) erinnert an den gemeinsamen Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU in der letzten Legislaturperiode, die Mittelkürzungen des Bundes nicht nachzuvollziehen, sondern im Landeshaushalt vielmehr die Ansätze anzuheben.

Seitdem hätten sich nicht zuletzt durch die Bundesaktivitäten die finanzpolitischen Rahmenbedingungen dramatisch verschlechtert, nimmt **Minister Dr. Michael Vesper** dazu Stellung. Im übrigen unterstützten seine Aussagen auch Verantwortung tragende CDU-Politiker in den Ländern. Vielleicht könne die Bundesregierung gemeinsam aufgefordert werden, diesen Abwärtstrend im sozialen Wohnungsbau zu stoppen. Zum geplanten Ende der Bundesförderung für den Bergarbeiterwohnungsbau habe er jedoch von den CDU-Abgeordneten nichts gehört. Jedenfalls versuche die Bundesregierung überall, ihren eigenen Beitrag zum sozialen Wohnungsbau einzuschränken.

Willi Zylajew (CDU) hält diese Argumentation für inkonsequent, da die Landesregierung selbst beim Überrollen von Haushaltsansätzen das gleiche den Kommunen, freien Trägern und anderen abverlange. So würden trotz Kostensteigerungen nur die Vorjahresansätze überrollt, und die Städte und Kreise sollten die anteiligen Mittel übernehmen, die das Land nicht bereitstelle. Dann könne auch vom Land ein entsprechendes Einspringen erwartet werden, wenn der Bund nicht die gewünschten Mittel zur Verfügung stelle.

Dabei müsse noch gesehen werden, betont **Bernhard Schemmer (CDU)**, daß die Länder über den Bundesrat auf sie betreffende Entscheidungen Einfluß nehmen könnten. So habe eine Erhöhung des Anteils an der Mehrwertsteuer von 35 auf 49,5 % erreicht werden können. Den Kommunen fehle eine solche Einflußnahmemöglichkeit. Bei der deutlich verbesserten steuerlichen Behandlung der Eigentumsförderung sei der Bund auch der Hauptlastenträger. In summa sei also die Wohnungsbauförderung des Bundes verbessert worden.

Trotz der zurückgehenden Bundeszuweisungen, hebt **Minister Dr. Michael Vesper** hervor, werde das in der Regierungserklärung gegebene Versprechen gehalten, 27 000 Wohneinheiten zu schaffen. Seine Unterstützung fände es, wenn etwa von der CDU-Fraktion eine Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau mit einem entsprechenden Deckungsvorschlag beantragt würde.

Sie erstaune der Taktikwechsel bei der CDU, merkt **Hedwig Tarner (GRÜNE)** an, weil deren Fraktionsvertreter zum erstenmal den Eindruck vermittelten, als hätten sie mit der Bundesregierung nichts zu tun. Dabei werde der Verantwortungsanteil der Union für den Mittelrückgang nicht gesehen. Zu Herrn Schemmers Anmerkungen betone sie, daß die Wohnraum- und Eigentumsförderung des Bundes eine andere Schicht betreffe als das, was von der Koalition in Nordrhein-Westfalen für den sozialen Wohnungsbau unternommen werde. Es könne sich nämlich nur eine bestimmte Schicht den Bau eines Eigenheimes leisten.

Gerd-Peter Wolf (SPD) bittet zu Kapitel 14 071 "Landesinstitut für Bauwesen" für seine Fraktion die Landesregierung, über Art und Umfang der Arbeiten dieses Landesinstitutes, das vom Landesrechnungshof gerade geprüft werde, zu berichten. Mit dem Hinweis auf erreichte Verbesserungen beim ILS rege er an, über einen ersten Sachstandsbericht der Landesregierung einen Diskussionsprozeß aufzunehmen, an dessen Ende hoffentlich die Qualitätssicherung und -verbesserung, möglicherweise aber auch eine Auflösung des Institutes stehe.

Minister Dr. Michael Vesper bestätigt, daß der Landesrechnungshof das Landesinstitut für Bauwesen untersuche. Ein wesentlicher Fortschritt bei der Verwaltungsvereinfachung sei bereits erzielt worden durch die Umbenennung des Landesinstitutes für angewandtes Bauwesen und Bauschadensforschung (LBB) in das Landesinstitut für Bauwesen (LB). Der Landes-

rechnungshof erstatte am kommenden Dienstag einen ersten Zwischenbericht, zu dem dann das Landesinstitut und sein Ministerium Stellung nehmen werde. Dem Ausschuß werde nach Abschluß der Prüfung berichtet.

Franz Riscop (CDU) erinnert daran, daß die im Berichterstattergespräch erbetene Liste über Gutachten usw. noch nicht vorliege. Eine entsprechende Liste interessiere ihn auch für den Einzelplan 15.

Zu Einzelplan 20 Titel 519 21 (S. 135 Erläuterungsband) möchte **Franz Riscop (CDU)** zu den ausgewiesenen 35 Millionen DM für "Maßnahmen zur Energieeinsparung und Emissionsminderung in landeseigenen Gebäuden und Räumen" wissen, welcher Einspareffekt damit erzielt werde.

Zunächst einmal sei es doch bemerkenswert, betont **Minister Dr. Michael Vesper**, wenn die Landesregierung in einer Zeit der knappen Kassen die Einrichtung eines solchen neuen Titels vorschläge. Die Verbrauchsminderungen würden jedoch bei den Verbräuchen ausgewiesen.

RD Michel (MBW) verweist ergänzend darauf, daß im vergangenen Jahr beim Berichterstattergespräch über den Einzelplan 20 die entsprechenden ihm jetzt nicht vorliegenden Zahlen genannt worden seien, die er gerne noch einmal vorlege.

3 Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen zum Entwurf eines Gesetzes über die Änderung des Baugesetzbuches hier: Planungswertausgleich

Vorlage 12/837

Minister Dr. Michael Vesper führt zusammengefaßt aus:

Wohnbauland ist teuer und knapp. Beide Fehlentwicklungen hängen zusammen. In den Großstädten der Rheinschiene in Nordrhein-Westfalen bewegen sich die Wohnbaulandpreise in innerstädtischen Lagen mittlerweile zwischen 700 und 1 000 DM pro Quadratmeter, teilweise liegen sie schon deutlich darüber. Alle Versuche, die Baukosten zu senken, müssen scheitern, wenn die erzielten Einsparungen durch die in die Höhe schnellenden Baulandpreise aufgezehrt werden. Die Bodenkosten sind vielfach schon bis auf ein Drittel der Gesamtkosten eines Bauobjekts gestiegen. Bauwillige wandern deshalb mehr und mehr in ländliche Zonen mit billigerem Bauland ab. Das führt aber für die dortigen Kommunen zu hohen Infrastrukturkosten.

MSKS

Betr.: Sitzung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen
am 28. August 1996;
hier: HABITAT II-Konferenz in Istanbul

Sprechzettel

Auf Beschluß der Generalversammlung der Vereinten Nationen fand in der Zeit vom 3. bis 14. Juni 1996 die zweite Konferenz über menschliche Siedlungen „HABITAT II“ in Istanbul statt.

Die erste Weltsiedlungskonferenz wurde vor 20 Jahren in Vancouver durchgeführt. Seitdem schritten die Urbanisierungsprozesse in aller Welt fort, in vielen Ländern stieg die Wohnungsnot, die Armut nahm weltweit zu, vor allem in den Megastädten der Entwicklungsländer. Dieses alles wurde zusammen mit dem Ressourcenverbrauch und den Umweltbelastungen in den Industrieländern in Istanbul unter den Konferenzschwerpunkten „Angemessene Unterkunft für alle“ und „Nachhaltige Siedlungen“ thematisiert.

Auf der Konferenz waren 130 Staaten und ca. 8.000 Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen vertreten. 16 Staats- und Regierungschefs aus Entwicklungsländern nahmen neben Fachministern oder Botschaftern an der Konferenz teil. Die deutsche Delegation wurde von Bundesbauminister Töpfer geleitet.

Auf die Weltsiedlungskonferenz hatten sich viele Nationen, wie die Bundesrepublik Deutschland mit Nationalen Berichten zur Wohnungs- und Siedlungssituation in ihren Ländern vorbereitet.

Erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen wurde in Istanbul Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit eingeräumt, ihre Vorstellungen vorzutragen und in den

Verhandlungsprozeß einzubringen. Mit diesem Verfahren wurde ein Präzedenzfall geschaffen, der auch auf zukünftige Konferenzen der Vereinten Nationen prägend wirken wird. Die Rolle des nicht-staatlichen Bereichs - insbesondere der Städte und Gemeinden, der Wirtschaft und der Nicht-Regierungsorganisationen - bei der nachhaltigen Stadtentwicklung und bei der Umsetzung der HABITAT-Agenda wurde damit anerkannt.

Auf Einladung des Bundesbauministers habe ich in der Zeit vom 2. bis 7. Juni 1996 an der Konferenz der Vereinten Nationen teilgenommen. Darüber hinaus hat sich eine Delegation auf Einladung der Internationalen Bauausstellung Emscher Park in der Zeit vom 2. bis 5. Juni 1996 im Rahmen der Konferenz mit Fragen der Stadt- und Siedlungsentwicklung befaßt. Die IBA und das Stadtentwicklungskonzept Duisburgs wurden in der Ausstellung „Best Practices“ präsentiert.

Im Rahmen eines Empfangs für die NRW-Teilnehmer der Delegation der Bundesregierung, der IBA-Delegation und weiterer Gäste habe ich die Bemühungen des Landes Nordrhein-Westfalen um eine nachhaltige Stadt- und Siedlungsentwicklung vorgestellt.

Zum Abschluß der Weltsiedlungskonferenz wurde die HABITAT II-Agenda und eine „Istanbul-Erklärung“ verabschiedet. Die Istanbul-Erklärung liegt Ihnen vor. Die sehr umfangreiche HABITAT-Agenda liegt bisher nur in englischer Sprache und ohne Berücksichtigung der letzten Beschlüsse vor. Eine bereinigte und abschließende Fassung steht noch aus.

Fachspezifische Teile der HABITAT-Agenda wie zu Städtebau, Luftreinhaltung, Flächennutzung, Wasserversorgung konnten erfolgreich durch die Bundesregierung eingebracht werden. Bei politisch besonders sensiblen Themen wie Menschenrechte, sexuelle Selbstbestimmung der Frau, Familienplanung und AIDS war dies allerdings schwieriger und führte zu Abstimmungsmarathons - mitunter ohne Ergebnisse.

Die Konferenz hat Impulse und Definitionen für Politikvorgaben gegeben, die vor allem auf Partnerschaftlichkeit und Zusammen-

arbeit zwischen allen Ebenen der Regierung - und insbesondere der Kommunen -, dem privaten Sektor und „gesellschaft-lichen Akteuren“ abzielen. Sie hat auch die internationalen Verflechtungen deutlich gemacht.

Das Ministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau beabsichtigt, alle relevanten Gruppierungen für Oktober 1997 zu einer Tagung einzuladen, auf der eine Zwischenbilanz zum Thema "Nachhaltige Stadtentwicklung" gezogen werden soll.

Die Ergebnisse von Istanbul zeigen nicht nur allgemeine Leitbilder auf, sondern verlangen auch praktisches Handeln. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß im Anschluß an HABITAT II ein permanentes Koordinierungssekretariat eingerichtet werden soll. Es soll international wirksam werden und die Struktur der Zusammenarbeit mehrerer großer Kommunalverbände (Iula, Metropolis, Summit), die sich zur sogenannten G 4+ zusammengeschlossen haben, institutionalisieren. Nach meiner Auffassung wäre es ideal gewesen, wenn dieses permanente Sekretariat seinen Sitz in Bonn erhalten hätte. Diese Auffassung habe ich der Stadt Bonn mitgeteilt. Die Standortentscheidung ist - wie aus Bonn zu erfahren war - jedoch vor kurzem zugunsten der Stadt Genf gefallen.

Ein organisierter Wissens- und Erfahrungsaustausch ist erforderlich. Daher wurde im Juli 1996 durch mein Haus und die Staatskanzlei die Agenda-Transferstelle „Städtische und Regionale Nachhaltigkeit“ eingerichtet.

Diese Koordinations- und Beratungsstelle hat die Aufgabe, die Kommunen des Landes bei der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 zu unterstützen, einen intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch zu organisieren und die Aktivitäten von Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus zu verfolgen, auszuwerten und für Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen nutzbar zu machen. Zur Information der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden unmittelbar nach Abschluß der Einrichtungsphase der Transferstelle ist ein entsprechender Erlaß in Vorbereitung.

Sitz der Agenda-Transferstelle ist die Stadt Bonn, da dort auch mehrere von der Landesregierung mitgetragene internationale Einrichtungen ihren Sitz haben.

Ich bin sicher, daß mit diesem dreijährigen Projekt der Transferstelle - im übrigen die einzige in der Bundesrepublik Deutschland - ein weiterer praktischer Baustein entwickelt wurde, der auch für eine nachhaltige Siedlungs- und Stadtentwicklung in anderen Ländern beispielgebend werden kann.

FP/winword/jasper/jas86a/

Betr.: Sitzung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen
am 6. November 1996

hier: Zwischenbericht IBA Emscher Park

Sprechzettel für Frau Ministerin

Die Landesregierung hat sich Ende 1988 entschlossen, erstmals in der Geschichte der Bauausstellungen ein integriertes regionales Strukturprogramm in einer großen alten Industrieregion zum Thema einer Internationalen Bauausstellung zu machen. 17 Städte mit 2 Millionen Einwohnern in einem Gebiet mit 800 qkm zwischen Duisburg und Kamen engagieren sich seitdem in der IBA Emscher Park mit mittlerweile rd. 100 Projekten.

1994/95 war Halbzeit, verbunden mit einer Zwischenpräsentation und dem Nachdenken darüber, wie es in der zweiten Arbeitsperiode weitergeht.

Zuvor aber einige Sätze zu dem, was bislang geschehen ist:

- Es wurden rd. 500 Hektar ehemalige Industriebrachen aufbereitet, so daß jetzt eigentlich genügend Ansiedlungsflächen zur Verfügung stehen. Dabei konnte der Nachweis erbracht werden, daß man in einer so dicht besiedelten Region (immerhin 2.000 Einwohner pro qkm bei 70 Prozent besiedelter Fläche und eben nur noch 30 Prozent sogenanntem Erreiraum) den Flächenbedarf für künftige Entwicklungen "aus dem Bestand" durch Flächenrecycling decken kann. Dabei wurden viele Erfahrungen gesammelt, die sich auch als technisches Know-how der Region verwenden lassen. Ziel dabei ist, die Wiedernutzung bereits benutzter Flächen so kostengünstig und

so schnell zu gestalten wie die Inanspruchnahme von Freiraum.

- Es wurden im Emscherraum - einer hochschulfernen Region - 16 Gründer- und Technologiezentren eingerichtet als Kerne und Foren für die technologische und organisatorische Erneuerung der Region. Diese Technologiezentren füllen sich zur Zeit mit innovativen Betrieben. Die Aufgabe der nächsten Jahre wird sein, ihnen "regionale Nachfrage" aus den Unternehmen der Region, aber auch durch Beschaffung und Investitionen der öffentlichen Hände zu geben. Daß dabei auch noch gute Architektur entstand, ist eine nicht unwichtige Beigabe für das kulturelle Profil der Region.
- Der Umbau des Emschersystems wurde begonnen. Er war wasserrechtlich geboten, ökologisch unverzichtbar für den Wiederaufbau von Landschaft in dieser Region und ökonomisch sinnvoll. In keiner anderen Region in Mitteleuropa gibt es ein 350 km langes "Flußsystem", das de facto eine offene Abwasserführung in Kanälen ist und somit auf den Karten der Gewässergüte immer blutrot als Gewässergüte V erscheint, ein Stigma für die Standortqualität der Region.
- Gleichzeitig wurde auf den 300 qkm durch die Industrialisierung verbrauchter Landschaft mit dem Aufbau des Emscher Landschaftsparkes begonnen. Da gibt es herausragende Projekte wie z. B. zwei Landesgartenschauen (Lünen und Oberhausen) und eine Bundesgartenschau (Gelsenkirchen), den Gesundheitspark Quellenbusch in Bottrop oder den Landschaftspark in Meiderich. Ökologisch und gestalterisch ebenso wichtig sind die vielen kleinen Maßnahmen, die ein ökologisches Netzwerk bilden, um der Natur wieder eine Chance zu geben und die Freizeitqualität dieses zentralen Grünraumes in der Region wieder herzustellen. Ich denke hier auch an die hochwertig gestalteten Grünräume i.V.m. Gewerbe- und Wohnparks auf ehemaligen Brachflächen.
- Es wurden neue Wohnsiedlungen gebaut, und dabei wurde die Tradition der Gartenstädte neu belebt. Die Bewohner sind am

Bau und an der Bewirtschaftung dieser Siedlungen beteiligt, durchgängig wurde der Niedrigenergiehaus-Standard eingeführt, und die Grundprinzipien des ökologischen Bauens, z.B. mit umweltverträglichen Baustoffen und Regenwasserversickerung, wurden verwirklicht. Diese neuen Siedlungen haben die Chance, in 50 Jahren zu Denkmälern zu werden, so wie die Gartenstädte aus dem Beginn dieses Jahrhunderts.

- Schließlich geht es darum, das industriekulturelle Erbe der Region mit den riesigen Produktionsanlagen und den stattlichen denkmalwerten Gebäuden für die Zukunft zu erhalten und mit neuen Nutzungen zu belegen, ob Hüttenwerk im Park in Meiderich, Ausstellungshalle Gasometer in Oberhausen, Zeche Zollverein in Essen oder Zeche Nordstern inmitten des künftigen Bundesgartenschau Geländes in Gelsenkirchen. Viele schwierige Bauwerke konnten erhalten werden, wenn der politische Wille dazu geschaffen wurde und Mittel aus verschiedenen Förderprogrammen gebündelt zum Einsatz kamen.
- Bei möglichst vielen Projekten wird auch die Qualifikation und die Integration von Langzeitarbeitslosen mit organisiert.

Die Städte und die Bewohner in der Region wissen heute zu schätzen, was sie an dieser IBA haben.

Immer mehr Interessierte von draußen, insbesondere aus der Fachwelt, kommen zu Besuch in eine Region, die bislang nicht eben in den Schlagzeilen stand, die nun geschrieben werden:

- Die Bundesregierung präsentiert die IBA Emscher Park als nationalen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland auf der aktuell stattfindenden Architekturbiennale in Venedig.
- Im Rahmen der von den Vereinten Nationen veranstalteten Habitat II-Konferenz in Istanbul hat die IBA eine beispielgebende Rolle gespielt.

Bis zur Endpräsentation 1999 stehen noch Jahre harter Arbeit bevor.

Die angefangenen Projekte müssen mit hoher Qualität fertiggestellt werden. Das hat Priorität.

Unter den veränderten politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen sind allerdings auch neue Schwerpunkte zu setzen:

- Wir müssen verhindern, daß in einzelnen Stadtteilen immer mehr Menschen sozial absinken und ausgegrenzt werden. Deshalb werden einige Stadtteile in der Emscherregion in einem landesweiten ressortübergreifenden Handlungskonzept für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf stabilisiert.
- Wir müssen uns in der Wohnungsversorgung vor allem um die kümmern, die zum unteren Drittel der Einkommensbezieher gehören. Deshalb gibt es ein Programm "Einfach bauen/selber bauen" mit extrem kostengünstigen Bauvorhaben und viel Eigenarbeit. Am Ende soll die Kostenbelastung eines Haushaltes für die Eigentumbildung nicht höher liegen als bei einem Bezug einer Wohnung im ersten Förderweg.
- Wir müssen dafür sorgen, daß die technologische Innovation durch eine regionale Nachfrage aus den Unternehmen und aus der öffentlichen Hand unterstützt wird und dafür auch Modellprojekte die Dinge anschaulich und vermittelbar machen. Ein solches Projekt ist z. B. der Neubau der Innenministerakademie in Herne mit einer großen Photovoltaik-Anlage und einem Energiesystem, das fast ausschließlich Umweltenergie benutzt.
- Wir müssen noch mehr für die Qualifikation und die Integration von Langzeitarbeitslosen tun. Deshalb wird es neue Projekte im öffentlichen Interesse geben müssen, die sich speziell an diesen Personenkreis wenden.

Die Landesregierung hat am 28.11.1995 für die 2. Halbzeit der IBA Emscher Park beschlossen, das Angebot an die Region zu ei-

ner Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit mit einem „Memorandum II“ zu erneuern. Mit diesem Memorandum II ist eine inhaltliche und thematische Fortschreibung der Aufgaben für die IBA verbunden.

Dazu gehört es auch, einen neuen und wichtigen Akzent in den Bereichen Kultur, Kulturwirtschaft und Tourismus zu setzen. Industrieregionen haben einen "ganz eigenartigen und eigenständigen Charme", der vor allen Dingen junge Leute und Individualisten anzieht. Kreative und avantgardistische regionale Kulturarbeit ist die Voraussetzung dafür, daß das Milieu für die Entfaltung der Kulturwirtschaft und der Medien entsteht. Beides zusammen ergibt dann ein spezielles und durchaus interessantes touristisches Profil. Dabei stehen wir noch weitgehend am Anfang, was die Konzeption generell und die Entwicklung einzelner Projekte anbelangt.

Für die Schwerpunkte der zweiten Arbeitsperiode sind drei neue Projektaufträge an kommunale Gebietskörperschaften, Unternehmen, Institutionen und bürgerschaftliche Initiativen zu den Themen "Initiative ergreifen", "Baukultur" und "Einfach und selber bauen" ergangen. Dabei sollen zum einen private Gemeinschaftsprojekte zu sozialer, ökologischer und kultureller Arbeit in Nachbarschaft, Stadt und Region gezielt angesprochen und ange-regt werden, zum anderen die Baukultur und Architekturqualitäten im Ruhrgebiet unterstützt und darüber hinaus bei "Einfach und selber bauen" neue Standorte, neue Projekte und neue Träger für Selbstbausiedlungen im Ruhrgebiet gefunden werden.

Wir wollen die Erfahrung der IBA Emscher Park auf andere Regionen übertragen. In der Art, wie man integrierte Projekte macht, wie man Planungsprozesse steuert, wie man aus Wettbewerben gutes Kapital schlägt und wie man verschiedene Fördermittel mit privaten Investitionen und bürgerschaftlichem Engagement bündelt.

Schließlich heißt die Internationale Bauausstellung Emscher Park im Untertitel "Werkstatt für die Zukunft von Industrieregionen". Damit ist der partnerschaftliche Austausch von Erfahrungen mit anderen Industrieregionen in Europa angesprochen.

Hier gibt es bereits enge Kooperationen, z. B. mit Nord-Pas de Calais, dem Saarland, dem Land Sachsen-Anhalt oder Oberschlesien.

FP/winword/jasper/jas91/

Betr.: Sitzung des Kulturausschusses am 23. Oktober 1996 und
des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen am
6. November 1996
hier: Biennale Kultur- und Naturräume in NRW
(Zwischenbericht)

Sprechzettel für Frau Ministerin

Mit der Regierungserklärung vom 13.09.1995 ermuntert die Landesregierung die Städte und Gemeinden des Landes noch stärker als bisher zu einer freiwilligen regionalen Kooperation bei der Gestaltung ihrer Angebote für Kultur, Freizeit, Erholung, Gesundheit, Sport, Bewegung und Tourismus.

Die Landesregierung will dafür einen neuen Rahmen setzen. Sie tut dies, indem sie in den Regionen dafür wirbt, daß sich Städte und Gemeinden auf regionale Kulturkonzepte verständigen. Diesen Prozeß unterstützt die Landesregierung auch finanziell. Die Landesregierung will diesen Rahmen dadurch ergänzen und stärken, daß Kultur- und Landschaftsentwicklung regional zusammengeführt werden.

Die konzeptionelle Verklammerung von regionaler Kulturpolitik und regionaler Landschaftsentwicklung kann und soll dazu beitragen, daß regionale Identität gestärkt und das unverwechselbare Gesicht einer Region kulturell und naturräumlich herausgearbeitet wird. Damit wird Gelegenheit geschaffen, daß sich Regionen intern, aber auch über Nordrhein-Westfalen hinaus als attraktive Lebensräume präsentieren.

Am 30.04.1996 hat die Landesregierung unter dem Arbeitstitel "Biennale Kultur- und Naturräume in NRW" beschlossen, den Regionen des Landes anzubieten, alle zwei Jahre eine "Veranstaltung" zu gestalten, damit konkrete Projekte, Ereig-

nisse und Initiativen in einem zeitlichen Zusammenhang entwickelt und gemeinsam präsentiert werden können.

Die Städte und Gemeinden einer Region können mit einer solchen gemeinsamen Strategie die knapper gewordenen öffentlichen Mittel zielgenauer einsetzen; sie können in gemeinsamen Konzepten Prioritäten setzen und mehr Qualität erreichen; und sie können effektiver als bisher bei der regionalen Wirtschaft um Unterstützung werben.

Ziel ist es auch, zukünftig die Gartenschauen möglichst in diese regionalen Konzepte und in deren Präsentation im Rahmen der "Biennale Kultur- und Naturräume in Nordrhein-Westfalen" einzubinden.

Landesgartenschauen stellen ihren Beitrag zu einer vernünftigen Stadtentwicklung dar und präsentieren ebenso den Leistungsstand des gärtnerischen Handwerkes.

Seit 1984 haben Landesgartenschauen als integrale Bestandteile nordrhein-westfälischer Stadtentwicklungspolitik wichtige und öffentlichkeitswirksame Beiträge geleistet, um herausragende Beispiele des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen öffentlichkeitswirksam erfahrbar zu machen.

Es ist nach der laufenden Landesgartenschau in Lünen beabsichtigt, bis zum Jahre 1999 jährlich in Gelsenkirchen, Jülich und Oberhausen Gartenschauen durchzuführen.

Landesgartenschauen mobilisieren als lokales Ereignis mit regionaler Ausstrahlung großes Bürgerinteresse, besonders dann, wenn sie eine Fülle auch gärtnerischer Leitbilder beinhalten und mannigfache Anregungen für die private Lebensraumgestaltung vermitteln können.

Kunst, Kultur und Sport sind als publikumsintensive und öffentlichkeitswirksame "Veranstalter" tragende Säulen einer Präsentation; als Bestandteile des täglichen Lebens tragen sie zu einer nachhaltigen Entwicklung einer regionalen Identität bei.

Die Ausformung regionaler Strategien kann an die Erfahrungen aus der Arbeit der IBA Emscher Park anknüpfen. Dies gilt für das Steuerungsmanagement, für die inhaltliche Ausgestaltung von Projekten und für die Präsentations- und Öffentlichkeitsarbeit; übertragbar sind ferner die Wettbewerbsidee und die Notwendigkeit eines Handelns im regionalen Konsens.

Projekte der Biennale werden im Rahmen der bestehenden Förderprogramme der Ressorts unterstützt. Eine zusätzliche Belastung des Landeshaushalts wird mit der Biennale nicht verbunden sein.

Es bietet sich an, im Jahre 2000 die Biennale in einer Region des Landes zu beginnen. In Betracht kommt dafür die Region Ost-Westfalen-Lippe. Über eine gemeinsame regionale Aktion im Zusammenhang mit der EXPO 2000 in Hannover wird bereits in der Region intensiv nachgedacht. Es gibt eine Fülle von Ideen für sogenannte dezentrale Projekte aus der Region Ost-Westfalen-Lippe für die Hannoveraner Weltausstellung. Deshalb spricht vieles dafür, eine Biennale "Kultur- und Naturraum OWL" als das große dezentrale Projekt der Region Ost-Westfalen-Lippe als "Brücke zur EXPO" zu nutzen, zugleich aber auch als einen Reformimpuls für Ost-Westfalen-Lippe zu verstehen, der weit über das Jahr 2000 hinausreicht.

Ein regionales Konzept im Sinne der Biennale hat die Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein mit der „EUROGA 2002“ beschlossen. Leitgedanke der EUROGA 2002 ist, Kultur und Landschaft, Natur und Technik zu verknüpfen und damit zur Stärkung und Profilierung der regionalen Entwicklung beizutragen.

II A 1-70.02
 EV: RD Köchert/4475
 l=köch8

Düsseldorf, 24. Oktober 1996 Ger

S p r e c h z e t t e l

Betr.: Stadtmarketing
hier: Sitzung des Ausschusses für Städtebau und
 Wohnungswesen am 06.11.1996 (TOP 8)

Anrede,

die Zeiten, in denen die öffentliche Hand umfangreiche und „visionäre“ Konzepte für die Entwicklung von Städten und Gemeinden vorgab, die dann von den privaten Grundeigentümern oder Investoren umgesetzt werden sollten, sind längst vorbei. Heute sind frühzeitige Kooperation und ein möglichst breiter Konsens mit privaten Planungsträgern unabdingbar, vor allem auch vor dem Hintergrund der Situation der öffentlichen Haushalte.

Stadtmarketing hat vorrangig das Ziel, den Konsens zwischen öffentlicher Planung, privaten Investoren und Grundstückseigentümern zu verbessern. Es kann bewirken, daß Projekte wie etwa die Umgestaltung einer Fußgängerzone oder ein Imagekonzept für ein städtisches Nebenzentrum nicht nur schneller, sondern auch fachlich anspruchsvoller umgesetzt werden. Die Möglichkeiten der Bündelung privater und öffentlicher Kräfte und natürlich auch Gelder haben heute schon zu vielen kommunalen Initiativen im Bereich Stadtmarketing geführt. Es gilt, diese Initiativen zu systematisieren und gezielt zu fördern.

Anrede,

vor dem Hintergrund des landesweit großen Interesses an der Durchführung von Stadtmarketingansätzen, im Hinblick auf deren spezifische Chancen, aber auch mit dem Ziel, die Grenzen dieser Strategien zu erkennen, habe ich einige besonders interessante Stadtmarketingprojekte ausgewählt, die ich für einen Zeitraum

von zunächst zwei Jahren finanziell fördern und fachlich begleiten will.

Dazu habe ich im April dieses Jahres solche Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, die sich bereits mit der Möglichkeit des Einsatzes von Stadtmarketing-Konzepten befaßten, aufgefordert, sich im Rahmen eines entsprechenden Modellvorhabens zu bewerben. Als Voraussetzung dafür, in das Programm aufgenommen zu werden, habe ich folgende Kriterien vorgegeben:

- Der geförderte Stadtmarketingansatz muß auf einem zusammenhängenden (integrierten) Konzept mit städtebaulichem und/oder verkehrlichem Schwerpunkt basieren. Dabei kommen Standardfragestellungen des Stadtmarketings wie Innenstadtaufwertung, Imageverbesserung, Verbesserung im gewerblichen Bereich, aber auch andere Gegenstände der öffentlich-privaten Abstimmung, insbesondere die Abstimmung der lokalen Politik zum ruhenden und fließenden Verkehr, in Frage.
- Eine Förderung von Einzelvorhaben bzw. einzelner Großprojekte ist ausgeschlossen.
- Gemeindeübergreifende Konzepte sowie Marketingansätze mit einem regionalen Bezug werden priorisiert.
- Das Konzept muß in zeitlicher und organisatorischer Hinsicht klar gegliedert und plausibel sein; es muß eine öffentliche Trägerschaft erkennbar sein.
- Während der Durchführung und Bearbeitung des Marketingkonzeptes muß eine umfassende Information und Beteiligung der relevanten Gruppen in der Stadt gewährleistet sein; dies zielt insbesondere auf eine angemessene Bürgerbeteiligung.
- Förderungsvoraussetzung ist eine angemessene finanzielle Beteiligung der Privatwirtschaft.
- Die Förderung wird zunächst auf maximal zwei Jahre begrenzt.

- Durch eine laufende Berichterstattung im Hinblick auf die Übertragbarkeit des Instruments Stadtmarketing sowie durch eine geeignete Erfolgskontrolle ist die generelle Tragfähigkeit des Ansatzes nachprüfbar zu machen.

Anrede,

zusammen mit dem Städtetag und den nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern habe ich 13 Städte und Gemeinden ausgewählt, in denen die Ideen des Stadtmarketings daraufhin geprüft werden, inwieweit sie einen Beitrag für die Stadtentwicklung leisten können. Dabei handelt es sich um die Städte und Gemeinden Arnsberg, Bad Münstereifel, Bochum, Bottrop, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Gummersbach, Herzogenrath, Mönchengladbach, Mülheim, Oberhausen und Remscheid.

Ziel der Förderung ist es insbesondere, die Bedingungen dafür kennenzulernen, wie sich mit Hilfe des Stadtmarketings auch solche Stadtentwicklungsprojekte umsetzen lassen, die öffentliche Planungsträger allein nicht realisieren können. Zu untersuchen ist, welche Kooperationsformen sich für welche Stadtentwicklungskonzepte am besten eignen und in welchen Bereichen die Städte besondere finanzielle Unterstützungen benötigen.

Das Modellvorhaben ist, ich erwähnte es bereits, zunächst auf zwei Jahre befristet, soll also in erster Linie Impulse geben. Gefördert wird die „Software“ der Stadtentwicklung. Dazu gehören Verfahren und Managementansätze, die neue Ideen für Städte liefern und die auf die Umsetzung von Maßnahmen abzielen. Es geht hier zunächst und in erster Linie darum, Erfahrungen mit diesem neuen Instrument des "Stadtmarketing" zu sammeln, bevor eine solche Planungsstrategie in die Städtebauförderung übernommen werden kann.

Ich habe eine Förderung von Planungskosten mit einem einheitlichen Fördersatz von 80 % zugesagt, wobei pro Projekt eine Förderhöchstgrenze von 500 TDM Fördersumme für 2 Jahre festgelegt worden ist. Die gesamte Fördersumme beträgt bei mittelfristiger Sicht rund 10 Mio DM.

Ich habe kürzlich die ausgewählten Modellgemeinden in meinem Hause über die weitere Vorgehensweise und einzelne Modalitäten bei der Förderung der Modellprojekte informiert. Ferner habe ich darum gebeten, daß die Städte und Gemeinden sich um einen baldigen Beginn der Maßnahme bemühen: Die inhaltlichen Schwerpunkte, die Höhe des Förderbetrages sowie die Förderungsmodalitäten werden in diesen Wochen in Abstimmung mit den Bezirksregierungen im einzelnen besprochen und festgelegt.

Mit der wissenschaftlichen Betreuung des gesamten Modellvorhabens habe ich das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen beauftragt. Sobald erste Erkenntnisse aus dem Modellvorhaben vorliegen, werde ich - vermutlich Anfang des nächsten Jahres - einen nordrhein-westfälischen Stadtmarketingtag veranstalten. Auch dieser Stadtmarketingtag soll -wie das gesamte Modellvorhaben überhaupt- in enger Kooperation mit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft konzipiert und veranstaltet werden.

In dem Gespräch mit den in das Modellvorhaben einbezogenen Städten und Gemeinden habe ich angeregt, daß diese eine „Arbeitsgemeinschaft Stadtmarketing“ bilden mit dem Ziel, einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch zwischen den Modellkommunen zu ermöglichen.

Anrede,

Ich erwarte viel von den neuen Stadtmarketingansätzen, nicht nur für die Verbesserung der Standortbedingungen für die Einzelhandelsbetriebe in der Stadt, sondern auch für die Planungskultur in den Städten. Ich bin sehr zuversichtlich, daß wir die mit dem Modellvorhaben beabsichtigten Ziele erreichen und auch mit diesem Modellvorhaben einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der innerstädtischen Standortbedingungen und zu einem positiven public-private-partnership in Nordrhein-Westfalen geleistet haben.

Vielen Dank!